

**Große Anfrage der Fraktion der CDU****Belastungen des Speditionsgewerbes in Bremen durch die Ökosteuer**

Durch die Einführung der so genannten Ökosteuer wurden zahlreiche Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik zusätzlich belastet. Die nächste Stufe der Ökosteuer wird mit Beginn des kommenden Jahres einen weiteren Kostenschub auslösen.

Hiervon besonders betroffen sind die deutschen Transportunternehmen, die sich nach Aussagen des Präsidenten des Bundesverbandes Güterverkehr, Logistik und Entsorgung in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befinden. So wird die Mineralölsteuer auf Dieselkraftstoff ab Januar 2001 um weitere 6 Pfennig pro Liter angehoben. Diese weitere Anhebung der Mineralölsteuer verschlimmert die angespannte Situation zahlreicher Speditionen auch in Bremen, insbesondere im Wettbewerb zu den europäischen Nachbarstaaten.

Für das betroffene Gewerbe, mit bundesweit 350.000 Arbeitnehmern, führen die ungleichen Wettbewerbsbedingungen, die durch die Ökosteuer weiter verschärft werden, zu einer nicht mehr zumutbaren Härte.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Mit welchen steuerlichen Belastungen sind in Deutschland ansässige Transportunternehmen des Güterkraftgewerbes betroffen, aufgeschlüsselt nach sämtlichen Steuerarten, insbesondere durch die Ökosteuer?
2. Welchen Belastungen sind Transportunternehmen des Güterkraftgewerbes in den europäischen Nachbarstaaten Italien, Frankreich, Belgien und Niederlande, aufgeschlüsselt nach Steuerarten, ausgesetzt?
3. Welche Auswirkungen hat die für Januar geplante nächste Stufe der Ökosteuer auf die in Deutschland ansässigen Transportunternehmen des Güterkraftgewerbes?
4. Wie haben sich die Dieselpreise von Januar 1999 bis November 2000 in Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden entwickelt?
5. Welche weiteren Wettbewerbsnachteile bestehen für die in Deutschland ansässigen Transportunternehmen im Vergleich zu den Nachbarstaaten Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden, und wie können diese ausgeglichen werden?
6. Welche möglichen Maßnahmen des Bundes hält der Senat für geeignet, die vorliegenden Wettbewerbsverzerrungen unter den europäischen Ländern aufzuheben?

Kastendiek, Dr. Schrörs, Eckhoff und Fraktion der CDU